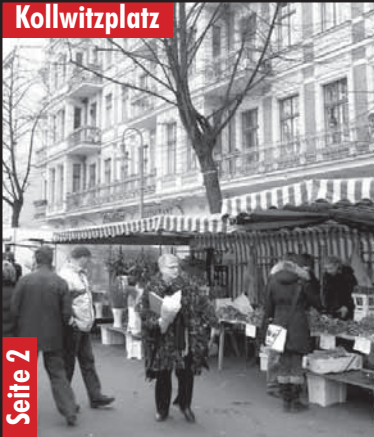


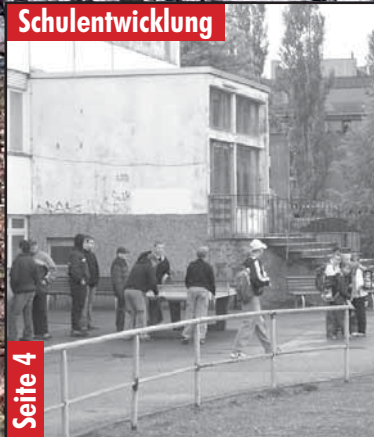


Kollwitzplatz



Seite 2

Schulentwicklung



Seite 4

Parteilieben



Seite 6-7

Aus BVV und Ausschüssen

Verbotsanträge und der/die/das...



Verbote zogen sich in der letzten Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow am 6. Februar gleich durch mehrere Anträge. So forderte die FDP ein Böllerverbot ab 2008, eine verstärkte Kontrolle des Radfahrverbots auf Fußwegen und in Parks sowie ein Alkoholverbot auf Spielplätzen. Alle Anträge wurden abgelehnt. Insbesondere die letzten beiden Anträge scheiterten an den mangelnden Kontrollmöglichkeiten des Ordnungsamtes. Es fehlt das Personal. Auch sind Alkoholverbotsschilder wie in Charlottenburg-Wilmersdorf keine Lösung.

Kinder- und Jugendschutz ist mehr als ein Piktogramm.

Einig waren sich die Bezirksverordneten in der Unterstützung des „Zugs der Erinnerung“. Er mahnt mit einer Fahrt durch mehrere deutsche Städte an die Deportation und Ermordung hunderttausender Kinder und Jugendlicher durch die Nationalsozialisten. Pankower Bürger werden um eine Spende für diese Erinnerungsarbeit gebeten.

Einvernehmen herrschte über die Zentrale Aufnahmeeinrichtung für Asylsuchende und Flüchtlinge in der Motardstrasse. Wegen unzumut-

barer Lebens- und Hygienebedingungen sollen dort keine Menschen mehr untergebracht werden. Stattdessen soll ihnen ein Leben in Wohnungen ermöglicht werden.

Grünes Licht gab es für den Schulversuch „Gemeinschaftsschule“ in Pankow. In einem Gebäudeteil der Karl-Friedrich-Schinkel-Oberschule im Prenzlauer Berg wird eine Grundschule gegründet. Die jetzige Schule verbleibt bis zum Schuljahr 2009/10 am Standort und fusioniert dann mit der Heinersdorfer Archimedes-Oberschule.

Zu guter Letzt verabschiedete die BVV endlich eine Geschäftsordnung. Nach zähen Debatten, ob die Geschäftsordnung nun weibliche, männliche oder geschlechtsneutrale Bezeichnungen wählen soll, stimmte lediglich die CDU gegen die Geschäftsordnung. Hoffen wir, dass sie sich dennoch an sie hält.

Katja Seidel
Bezirksverordnete

Streit am Kollwitzplatz



Am Kollwitzplatz wurde ein Stück der Wörther Straße zwischen Kollwitz- und Husemannstraße umfangreich zu einem „verkehrsberuhigten Bereich“ umgebaut. Dies geschah, obwohl die BVV in ihrem Beschluss zunächst ausdrücklich die Prüfung eines solchen Umbaus und seiner Folgen verlangt hatte.

Prüfergebnisse liegen nicht vor. Die dann trotzdem umgesetzten Planungen entsprachen wiederum nicht den Entwürfen, die der Bürgerschaft vorgelegt worden waren

und welche in der BVV keinesfalls Zustimmung gefunden hätten. Verschärfend kommt hinzu, dass ein von der BVV seit sieben (!) Jahren eingefordertes bezirkliches Verkehrskonzept, in die sich diese Baumaßnahme einordnen müsste, vom Bezirksamt bisher nicht vorgelegt wurde.

Bei der Suche nach den Gründen stellte sich heraus, dass es in Sanierungsgebieten seit Jahren geübte Praxis ist, Straßenbaumaßnahmen an der BVV und ihren Gremien vorbei zu planen, zu finanzieren und zu realisieren.

Vertreter des Tiefbauamtes, des Sanierungsträgers S.T.E.R.N. und der zuständigen Senatsverwaltung stimmten mögliche oder auch wünschenswerte Maßnahmen und Fördermöglichkeiten aufeinander ab und bestimmten den Zeitpunkt der Realisierung. Dem zuständigen Fachausschuss der BVV wurde jährlich zu Informationszwecken nur eine Tabelle übergeben. Daran hatte sich im Ausschuss schon im Frühsommer der Unmut entzündet, weil es den Bezirksverordneten vor

allem nicht möglich war, die Sinnhaftigkeit der einzelnen Baumaßnahmen zu beurteilen. Der Streit am Kollwitzplatz brachte also nur ein Fass zum Überlaufen. Das erklärt auch die durchaus heftige Reaktion der BVV, die das gesamte Verfahren anhalten ließ, inklusive Baustopps für laufende Maßnahmen.

Mittlerweile haben sich die Wogen wieder ein wenig geglättet. Fachverwaltung und Fachausschuss haben sich auf einen Verfahrensweg geeinigt, wie zukünftig mit Straßenbaumaßnahmen in Sanierungsgebieten umgegangen werden soll. Ein Optimum an Beteiligung von Bürgern und BVV und Transparenz kann so in allen Planungsschritten erreicht werden.

Zu den Arabesken der Auseinandersetzung gehört, dass die notwendige Verlegung des Marktes am Kollwitzplatz in die Knaakstraße nun wiederum Bürger in Harnisch brachte. Denn das hätte eine eingeforderte Prüfung der Baumaßnahme schon vor ab ergeben.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

Interview: Bezirksliche Schulentwicklung

Schulnetzplan in Vorbereitung

extraDrei sprach mit der Stadträtin für Schule, Frau Lioba Zürn-Kasztantowicz (SPD) über den Entwurf eines Schulentwicklungsplanes für Pankow:

Trotz eines Schulentwicklungsplanes reichten für das Schuljahr 2007/08 zunächst die Klassenräume für die Schulanfänger im Prenzlauer Berg nicht aus. Warum?

Die Bevölkerungsentwicklung ist im Bezirk Pankow sehr unterschiedlich. Nur in den Sanierungsgebieten ist ein Anstieg der Schülerzahlen zu verzeichnen.

Und hier hatten wir Probleme bei der Unterbringung der Schulanfänger in bestimmten Schulen. In angrenzenden Bereichen war durchaus noch genügend Platz vorhanden. Die Eltern waren aber nicht bereit, ihre fünf- bis sechsjährigen Kinder in Nachbarbereiche zur Schule zu schicken.

Kann zum Schulbeginn 2008 garantiert werden, dass alle Schulanfänger ordnungsgemäß untergebracht werden?

Im Prenzlauer Berg kann dies garantiert werden.

Gibt es mit dem neuen Schulentwicklungsplan Verbesserungen bei der Schulwegssicherheit?

Die Veränderungen der Schulwegssicherheit werden durch die Schulverwaltung in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen ständig beobachtet und die schulischen Pläne werden fortgeschrieben. Das führt zu einer ständigen Verbesserung.

Kann die Geschwisterregelung, das heißt, dass Geschwisterkinder an derselben Schule eingeschult werden, aufrechterhalten werden?

Diese Regelung ist im Schulgesetz innerhalb des Einzugsgebiets so vorgesehen.

Ein Problem ist, dass durch Veränderungen von Einzugsgebieten Geschwisterkinder nicht mehr zum ursprünglichen Einzugsgebiet gehören und dann keinen Anspruch mehr

haben, in der Schule eingeschult zu werden, in der ihr älteres Geschwister ist. Ich bemühe mich seit einiger Zeit bei der Senatsverwaltung darum, zu einer sozial verträglicheren Lösung zu kommen.

Derzeit gibt es in Pankow nur eine Ganztagschule. Ist für die Zukunft mehr angedacht?

Schulen mit einem Hort gibt es mehr. Gebundene Ganztagschulen gibt es nur eine. Gebunden bedeutet, dass die angemeldeten Kinder auch den Nachmittag an der Schule verbringen. Unterricht und sinnvolle Freizeitgestaltung wechseln sich ab. Dazu besteht kaum weitere Nachfrage in Pankow.

Wird mit der im Bezirk geplanten Gemeinschaftsschule, die auf Ideen der Linken beruht, zugleich die nächste Ganztagschule im Bezirk entstehen? Wenn ja, mit welchem Aufwand rechnen Sie?

Die Gemeinschaftsschule steht unter meiner persönlichen Kontrolle. Und ja, wir wollen sie als Ganztagschule gestalten.

Das Ziel dieser Schulart ist es, die Kinder von Klasse eins bis zehn entsprechend Fähigkeiten, Fertigkeiten und Begabungen zu fördern und zu fördern, egal, ob das einzelne Kind schwer lernt oder ein Überflieger ist. Differenzierung und Individualisierung heißen die Säulen der Gemeinschaftsschule.

Das bedeutet, keine Aussonderung nach der 4. oder 6. Klasse in verschiedene Schultypen. Es wird viel Energie und Engagement erfordern, die Gemeinschaftsschule in der direkten Konkurrenz zu den traditionellen Schularten zu profilieren.

Ich bin davon überzeugt, dass wir zu wenig qualifizierte Schulabgänger haben. Das wird uns in einigen Jahren zu mehr Gemeinschaftsschulen zwingen. Ich möchte deshalb nicht warten.

Über den zusätzlichen Aufwand können wir erst nach der Erprobung genaueres sagen.

Es werden auf jeden Fall mehr Aufwand für die Tagesgestaltung und ein höherer Bedarf an pädagogischem Fachpersonal bestehen.

Wo wird die Gemeinschaftsschule entstehen?

Die Gemeinschaftsschule wird am Standort Gudvangerstrasse/Erich-Weinert-Strasse 70 im Prenzlauer Berg entstehen. Sie wird mit drei ersten Klassen noch in diesem Jahr, zum Schuljahresbeginn 2008/2009, beginnen.

Eine erfolgreiche Erprobung der Gemeinschaftsschule hat Konsequenzen für das Schulnetz in Pankow. Wie könnte der Schulentwicklungsplan dann fortgeschrieben werden?

Wir denken über weitere Möglichkeiten für Gemeinschaftsschulen nach und bereiten die nächsten Schritte für die jetzt bald beginnende vor.

Der Schulnetzentwicklungsplan kann auch in Zukunft nicht als Dogma genutzt werden. Schülerentwicklungszahlen, größere Bauvorhaben, die Entstehung von Privatschulen und eben die Entwicklung der Gemeinschaftsschulen werden eine Fortschreibung notwendig machen.

Wie wird Ihre Verwaltung die Erprobung begleiten?

Eine gesonderte inhaltliche Begleitung liegt nicht in unserer Verantwortung.

Wir werden die Ausgestaltung und andere materielle und strukturelle Verbesserungen anstreben.

Wir sind sicher, dass die Senatschulverwaltung das Anliegen unterstützt.

Werden alle im Bezirk vorhandenen Schulen erhalten oder werden weitere Schulen aus Kostengründen oder mangels Schülern geschlossen?

Diese Frage kann und will ich nicht vor einer weiteren Präzisierung des Schulentwicklungsplanes beantworten. Die sehr ungleichmäßige Entwicklung der Schülerzahlen von Bereich zu Bereich kann auch Entscheidungen notwendig machen, die Schließungen von Schulen beinhalten.

Interview: Klaus Flemming



Stadträtin
Lioba Zürn-Kasztantowicz
(SPD)

Schwerpunkt Schule

Schulentwicklungsplan 2007

Im Ausschuss Schule/Sport der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wurde der Schulentwicklungsplan 2007, Fortschreibung Grundschulen diskutiert. Lehrer, Erzieher, Eltern, Abgeordnete der BVV beteiligten sich schon bisher sehr rege. Geht es doch um ihre Kinder oder um ihr Arbeitsfeld.

Für die Abgeordneten um eine Entscheidungsvorbereitung, die für mehrere Jahre Grundlagen der Schulnetzgestaltung schafft. Wir erinnern uns, dass zum Beginn des Schuljahres 2007/2008 die Unterbringung aller Schulanfänger in ordentlichen Klassenräumen nicht gesichert war.

Die ungleiche Bevölkerungsentwicklung in den Bezirksregionen verursachte dieses Problem. Während z.B. in der Region 4 Karow in der Zeit von 1996 bis 2006 ein bedeutender Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen war, zeigte sich in Buch ein deutlicher Rückgang.

Was tun? Schulneubau an dem einen Ort und Abriss in der anderen Region? So einfach sind solche Entscheidungen nicht. Schulgebäude erreichen in der Regel ein Lebensalter von hundert Jahren. Wie wird die Bevölkerungsentwicklung in

der Zukunft aussehen? Logischerweise können die Entscheidungen hierzu nur als Einzelfall untersucht und begründet werden. Das ist mit dem vorliegenden Entwurf versucht worden.

Für jede Schulregion liegt eine Übersicht zur Bevölkerungsentwicklung von 1996 bis 2006 vor. So sagt die Übersicht zur Region Buch aus, dass die Bevölkerung seit 1996



auf 83,6% gesunken ist. Die für diese Entscheidungen so wichtige Altersgruppe der Zehn- bis Zwanzig-jährigen sank aber um etwa die Hälfte.

Leider sind die Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung in einem für die Schulentwicklung sehr groben Raster eingeteilt. Die Einteilung in 0 bis

10-jährige und 10 bis 20 ist unseres Erachtens nicht treffend genug für die Entscheidungsfindung. Es wäre schon günstiger, Altersgruppen 6 bis 12 Jahre und 12 bis 16 bzw. 19 Jahre zu bilden, weil damit die Schulentwicklung besser beurteilt werden kann. Die Entscheidungsvorschläge für die einzelnen Schulen sind somit noch unzureichend. Das aber ist unerlässlich, um Bauvorhaben zielgerichtet vorbereiten zu können und Planungssicherheit für die Schulen zu schaffen. Darin liegt der wichtigste Ansatz für die weitere Qualifizierung des Materials.

Besondere Wertung erfährt die Entwicklung von Gemeinschaftsschulen. Mit dem Schuljahr 2008/2009 wird die erste Gemeinschaftsschule im Prenzlauer Berg eröffnet. Sie wird als Ganztagschule konzipiert. Das bietet umfangreiche Möglichkeiten der individuellen Förderung und erscheint als eine reale Möglichkeit, eine höhere Qualität der schulischen Ausbildung zu erreichen.

Weitere Qualifizierung und Präzisierung des Entwurfs erscheinen notwendig.

Klaus Flemming

Gemeinschaftsschulen vor dem Start



K.-F. Schinkel Schule

In Mitte, Pankow, Spandau, Neukölln, Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf machen sich zum nächsten Schuljahr 16 Schulen auf den Weg zur Gemeinschaftsschule. Für diese

Schulen gibt es gezielte Unterstützung bei der Vorbereitung und ein auf die einzelne Schule bezogenes Fortbildungsprogramm. In der Pilotphase sollen gute Beispiele überzeugen und Erfahrungen für die Einführung der Gemeinschaftsschule als Regelschule in der Fläche gesammelt werden.

Auch in diesem Jahr wird es eine weitere Bewerbungsrunde für alle Schulen geben. Einige haben bereits angekündigt, in der zweiten Runde dabei sein zu wollen.

Im Januar einigten sich SPD und LINKE auf eine Änderung des Schulgesetzes für die Pilotphase.

Den Gemeinschaftsschulen wird damit ermöglicht, von einigen selektiven Vorschriften des Schulgesetzes abzuweichen. Das betrifft das Sitzen-Bleiben, das Probehalt-

jahr und den Zwang zur Aufteilung der Kinder in verschiedene Leistungsgruppen.

Neben den Pilotschulen dürfen auch andere Schulen, die noch nicht Gemeinschaftsschulen sind, von einzelnen dieser Vorschriften abweichen und sich in Richtung Gemeinschaftsschule entwickeln.

Parallel zur Pilotphase wollen wir integrative Elemente im Schulsystem stärken.

Dazu wird es einen parlamentarischen Antrag geben. Zum Beispiel soll das sinnlose und teure Sitzen-Bleiben bis einschließlich zur 10. Klasse abgeschafft werden.

Dadurch könnten alle Schulen schon bald vom Ziel der Gemeinschaftsschule profitieren.

Steffen Zillich

Mitglied des Abgeordnetenhauses

„Vielfalt tut gut“

extraDrei sprach mit Karin Wüsten, Integrationsbeauftragte des Bezirksamtes Pankow

Im September 2007 gab es in der lokalen Presse die Information, dass der Bezirk aus dem Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT“ für Projektarbeit jährlich 100.000 Euro erhält. Welchen Inhalt hat das Programm?

Das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ wurde zum 1. Januar 2007 gestartet. Es handelt sich um ein Präventionsprogramm und richtet sich hauptsächlich an die Zielgruppe Jugendliche. Inhalt des Programms ist, Verständnis für gemeinsame Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde zu fördern und jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen. Grundlage dafür bildet ein Lokaler Aktionsplan, der für den Zeitraum von drei Jahren zu entwickeln, zu implementieren und fortzuschrei-

ben ist. Pankow beteiligt sich wie andere Berliner Bezirke an diesem Programm und wir haben im September 2007 freie Träger aufgerufen, einen Projektvorschlag einzureichen, dessen Inhalt dem Anliegen unseres Lokalen Aktionsplans und damit dem Bundesprogramm entspricht.

Wie viele Projekte haben sich beworben?

Wir haben uns über die große Resonanz im Bezirk gefreut. Über 50 Vereine und gemeinnützige Gesellschaften, die zum Teil schon über Erfahrungen und gute Ergebnisse in diesem Bereich verfügen, haben sich mit einem Projekt beworben. Für den Zeitraum November 2007 bis Juli 2008 werden fast 30 Projekten Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt. Die Auswahl der Projekte, die fachliche Begleitung sowie die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern und die Beteiligung an der Öffentlichkeitsarbeit erfolgt durch einen Belegausschuss.

In diesem Ausschuss, der sich auch an der Einschätzung der Wirksam-

keit der Projektarbeit beteiligt, arbeiten unter anderem Vertreter der kommunalen Jugendarbeit, der Bezirkselfternausschüsse von KITAs und Schulen, der AG Schulsozialarbeit, des Netzwerkes gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt, des Integrationsbeirates, des Arbeitskreises Pankower Frauenprojekte und der Polizei.

Da es sich um meist sehr interessante und von den Themen her vielfältige Mikroprojekte handelt, kann man davon ausgehen, dass wir am Ende sicher zu guten und wirksamen Ergebnissen kommen werden. Davon werden nicht nur die unmittelbar Beteiligten profitieren, sondern – und das ist uns wichtig – den Nutzen sollen und werden auch andere im Bezirk haben.

Wir hoffen, dass die Projekte beitragen, Pankow als weltoffenen und toleranten Bezirk weiter zu entwickeln.

Interview: Renate Tepper

Informationen zum Bundesprogramm unter:

www.vielfalt-tut-gut.de



Bürgermeister auf dem linken Auge blind

Wenn es nach den Wünschen des Pankower Bezirksbürgermeisters Köhne (SPD) geht, dann findet ein Sanierungskonzept zum Abbau der bezirklichen Altschulden in Höhe von 34 Millionen Euro ohne Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) statt. Dies verkündete er in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Immobilien und Personal mal ebenso nebenbei. Denn das Abgeordnetenhaus hat dem Bezirk im November 2007 nur die Erarbeitung eines Sanierungskonzepts zum Abbau der vermeintlichen Altschulden bis zum 8. Mai 2008 aufgegeben, nicht jedoch, wie ein solches zustande kommen soll. Doch die Linksfraktion in der BVV wird die Ankündigung des Bürgermeisters nicht so nebenbei zur Kenntnis nehmen. Vielmehr sind wir als Bezirksverordnete der Haushaltssouverän. In der Vorstellung des Bürgermeisters beinhaltet das dem Finanzsenator Sarrazin (SPD) anzubieten-



de Sanierungskonzept, dass das bezirkliche Defizit durch eigene Anstrengungen bis zum Ende der Legislaturperiode abgebaut wird. Konkret heißt dies: keine Investitionsmaßnahmen, Gebäude- und Immobilienverkäufe und womöglich auch das Vorziehen der Personaleinsparungen in Höhe von 3,3 Millionen Euro, umgerechnet rund 94 Stellen, die bereits für das Jahr 2009 vorgesehen sind. Damit wären beispielsweise das Projekt Gemeinschaftsschule, die Grundschulver-

sorgung sowie der Sanierungsbedarf von Turnhallen in Frage gestellt. Die Personaleinsparungen würden in erheblichem Maße wieder die Jugend-, Kultur- und Bildungsrichtungen des Bezirkes treffen.

Aber auch ein Sanierungskonzept sorgt bei weitem noch nicht für eine Steuerungsfähigkeit des Haushaltes, denn die Folgen des derzeitigen Berliner Finanzzuweisungssystems wirken für Pankow fatal weiter. Das Ende der Fahnenstange scheint beim Bürgermeister noch nicht erreicht zu sein.

Die Linksfraktion in Pankow wird gut überlegen, ob ein solches Konzept überhaupt tragfähig und zustimmungsfähig für den Bezirk ist. Schon die bisher erbrachten Einsparungen waren schmerzhaft und erheblich. Eins ist sicher: Ohne Beschluss und Einbindung der BVV wird es kein Sanierungskonzept mit der LINKEN geben.

Katja Haese
Bezirksverordnete



Neues vom Vorstand

Vorstand klausurte in Chorin



Wo andere Kurzurlaub machen - beim Kloster Chorin - ging der neue Bezirksvorstand Anfang Februar in Klausur.

Wir nutzten die Gelegenheit, uns mit dem Vorstand der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow, den Stadträten mit Linksparteimandat sowie den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses aus den Pankower Wahlkreisen über die politische Gemengelage sowie die sich daraus ableitenden Probleme und Aufgaben für unsere Bezirksorganisation auszutauschen. Auch wenn bei diesen Debatten die Haushaltslage des Bezirkes immer wieder wie ein schwarzes Loch alle Ideen und Projekte zu verschlingen droht, versuchten wir doch, die politischen Aufgaben einmal jenseits dieses Kernproblems zu diskutieren. Ohne Illusionen darüber, dass eine auskömmliche Finanzierung des Bezirkes der Dreh- und Angelpunkt aller politischen Gestaltungsoptionen bleibt. So wurde beispielsweise die Notwendigkeit eines neuen Kultur- und Bildungsplanes benannt, die Entwicklung des ehemaligen Rangier- und Güterbahnhofes in Pankow stand auf der Tagesordnung ebenso wie die Bemühungen die Schauspielschule Ernst Busch in die Garbatyfabrik zu bekommen oder das Ringen um neue Sanierungsgebiete.

Am Samstagnachmittag befasste



sich der Bezirksvorstand intensiv mit den Aufgaben und verteilte die einzelnen Verantwortlichkeiten an seine Mitglieder. So wurden verschiedene Arbeitsgemeinschaften (AG) ins Leben gerufen und erste Ergebnisse vorgestellt, die die Arbeit im Vorstand strukturieren sollen. So gibt es eine AG zur Begleitung von freiwilligen Zusammenschlüssen zu Ortsteilverbänden und es wurden für jeden Ortsteil Verantwortliche benannt. Betreuung und Begleitung von Basisorganisationen (BO) und bereits existierenden Ortsverbänden soll zukünftig groß geschrieben werden.

Die AG Öffentlichkeitsarbeit soll schnell Vorschläge zur Entwicklung der Geschäftsstelle wie zur

Außendarstellung und zu Kampagnen erarbeiten. Die AG Politische Bildung startet bereits am 12. März mit einer Veranstaltung über das bedarfsgerechte bzw. bedingungslose Grundeinkommen. Die AG Strategie und Kommunikation quält sich mit dem Thema der Wähleransprache und Auseinandersetzung mit den anderen Parteien im Bezirk. Und die Programm-AG unterbreitet den Ortsverbänden Ideen, wie gemeinsam die programmatischen Eckpunkte weiter diskutiert werden können.

Außerdem verständigte sich der Vorstand auf den April als Aktions- und Kampagnenmonat zum bevorstehenden Volksentscheid. Tempelhof muss geschlossen werden. Dafür müssen wir Bürger aufrufen, am Volksentscheid am 27. April teilzunehmen. Auf Bezirks- und Landesebene werden gegenwärtig Argumentationshilfen erarbeitet. Am 3. April wird dazu ein Basistag stattfinden, der uns alle fit machen soll zu dem Thema. Ich werde diesen Aktionsmonat im Bezirk koordinieren.

Nicht zuletzt ist so eine Klausur auch immer gut dafür, sich das notwendige menschliche Miteinander entwickeln zu lassen, wofür wir die Bierstube beim Hotel „Haus Chorin“ in den Abendstunden gern nutzten.

Sören Benn

„Fuchsteufelslink“ nochmal

Kinderarmut, Sozialabbau, Kriegseinsätze, Hartz IV, Energiepreise und noch einiges mehr sind Themen, die uns schon mal „fuchsteufelswild“ werden lassen. An Info-Ständen, auf Veranstaltungen und in Publikationen informiert und diskutiert die Linke regelmäßig über die Zustände in unserem Land. Nicht immer erreicht sie alle Bürger. Manchmal sind es Vorurteile gegen linke Argumentation und Aufklärung; manchmal kann aber auch eine künstlerische Darbietung ansprechender sein. Als junge Partei entwickelt die Linke neue kreative Ideen in Ergänzung zur bewährter

Öffentlichkeitsarbeit. Das Straßen- und Aktionstheater „Fuchsteufels-LINK“ der LINKEN Reinickendorf möchte mit kurzen, einprägsamen Stücken Aufmerksamkeit erregen, informieren, Denkanstöße geben und nicht zuletzt Sympathien we-

cken. Spielfreudige sind auch über die Grenzen Reinickendorfs hinaus herzlich eingeladen. Kontakt über Thomas Bailly im Roter Laden: bezirk@die-linke-reinickendorf.de oder 43 73 26 30

Lena Tietgen



Straßen- und Aktionstheater i. G.

Parteileben

DIE LINKE verändert die Republik

Die einen verteufeln sie, andere fürchten sie, manche wissen nicht wie sie mit ihr umgehen sollen und es gibt auch nicht wenige, die sich ihr anzunähern versuchen oder gar gemeinsam mit ihr gehen wollen: Nein, es ist nicht die Rede von einer aufregenden, exaltierten Person, sondern ganz real und prosaisch, von einer Partei: DIE LINKE ist in Gesamtdeutschland angekommen! Und das sorgt verständlicherweise für erhebliche Aufregung in dieser Republik.

Egal und im Ernst, von welcher Seite aus man es auch betrachten mag, DIE LINKE ist nicht länger zu leugnen und ignorieren. Sie macht Druck auf bestehende politische Verhältnisse, setzt gesellschaftliche Diskussionen in Gang und zwingt „Volksparteien“ Farbe zu bekennen.

Mit ihren Positionen zur Friedenspolitik, ihren Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und zahlreichen durchaus realistischen Konzepten ist DIE LINKE für viele Bürgerinnen und Bürger zu einer Hoffnung, ja zu einer anerkannten politischen Kraft geworden. Sie sehen in der LINKEN auch eine Partei, die auf der Suche nach notwendigen gesellschaftli-

chen Alternativen im nationalen und internationalen Rahmen ist. „Analysieren, Lernen, Umsetzen“ – diese Maximen, die der Berliner Landesvorsitzende Klaus Lederer formuliert hat, umfassen recht gut die Prozesse, in der sich DIE LINKE gegenwärtig befindet. Denn, es



gilt sowohl in der gestaltenden und oppositionellen Tagespolitik als auch in der Programmentwicklung, nicht nur die Erwartungen der Öffentlichkeit zu erfüllen, sondern uns selbst als eine links profilierte, demokratische, gesellschaftlich wirksame Kraft zu erweisen. Im

Ortsverband Weißensee haben wir schon einige Diskussionen zur Programmatik mit kompetenten Referenten geführt und wie durchaus in unserer Partei üblich, ging es recht kontrovers und kritisch zur Sache. Wir müssen stärker, bereits erarbeitete Standpunkte wie die „Programmatischen Eckpunkte“ oder zum Beispiel Veröffentlichungen wie „DIE LINKE – Wohin verändert sie die Republik?“ in unsere Diskussion einbeziehen.

In diesem Buch, erschienen in der Reihe „Texte“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, untersucht ein Kollektiv von Autoren, unter anderem Michael Brie, Katja Kipping, Dietmar Bartsch, Dieter Klein, Dietmar Wittich, Meinhard Meuche-Mäker sehr anschaulich Erfahrungen, Prozesse und Probleme der Politik und Theorie der LINKEN.

Es kann also lebhaft weiter debattiert werden. Wir begrüßen die Festlegung des Bezirksvorstandes, die Ortsverbände bei der Programmdiskussion zu unterstützen und bitten auch dafür Sorge zu tragen, dass an der Basis erstrittene Positionen an die Programmkommission bzw. an unsere Parteitage delegierten weitergereicht werden.

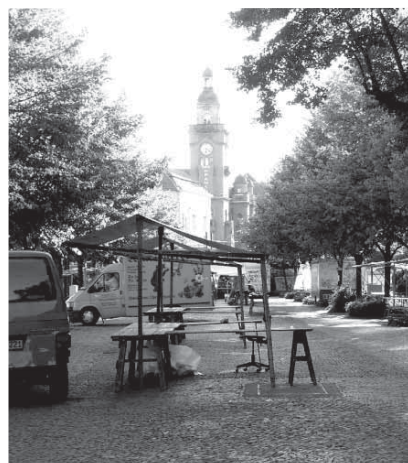
Renate Tepper

Zentral-Pankow vernetzt sich

Am letzten Tag im Januar trafen sich die Basisorganisationen aus Zentral-Pankow, um einen Ortsverband zu gründen.

Nach einleitenden Worten durch den Genossen Jürgen Stottko und einigen Erläuterungen von Genossinnen und Genossen hinsichtlich der gewünschten Struktur wurde von einer großen Mehrheit per Handzeichen diesem neuen Zusammenschluss zugestimmt.

Ziel des Netzwerkes ist es, Ressourcen und Kräfte zu bündeln. Die Zusammenarbeit soll gemeinsam durchzuführende Infostände und auch gemeinsame Aktionen, wie zum Beispiel das Verteilen von roten Rosen zum Frauentag am 8.



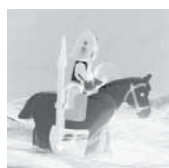
März, beinhalten. Auch die politische Weiterbildung soll nicht zu kurz kommen. So wird angestrebt,

alle drei Monate aktuelle politische Fragen im Rahmen einer Veranstaltung mit fachpolitischen ReferentInnen zu diskutieren. Das Koordinations- und Organisationsteam, bestehend aus fünf GenossInnen aus verschiedenen Basisorganisationen, wurde beauftragt, Termine für Infostände und Aktionen festzulegen. Für Informations- und Bildungsveranstaltungen werden sie sich um geeignete Räume, das technische Equipment und die Einladungen der ReferentInnen kümmern. Die erste Veranstaltung ist bereits in Vorbereitung und wird voraussichtlich Ende April zum Thema »Fluglärm in Pankow« stattfinden.

Nicole Trommer

Glosse

Keine Ritterspiele 2008



Die ersten Wahlen des Jahres 2008 sind vorüber. Die Wahlkämpfe 2008 trieben schlimme Blüten. Man war versucht, über das Kämpfen im Mittelalter nachzulesen. Die edlen Ritter standen sich in Kettenhemd, mit Lanze und Schwert gegenüber, um Eindruck durch Körperkraft und fintenreiches Streiten zu erreichen. Dem Sieger gebührte das schöne Tuch der holden Frau und dem Verlierer der Verlust seines Ansehens. In der Regel war es aber ein sportlicher Kampf nach festen Regeln. Ein paar Blessuren, zerbrochene Lanzen oder auch verbeulte Rüstungen und in der Folge ein kräftiger Umtrunk – alles war vorbei. Die Knappen fanden ihre Vorbilder und das Volk Abwechslung von der Fron auf den herrschaftlichen Feldern. Es war ein Stück mittelalterlicher Kultur. Wahlkampf 2008: Edle Ritter traten auch jetzt auf, nicht gegeneinander, sondern gegen die „Roten“. Die holde Dame Angela mischte kräftig mit. Die Waffen heute: Worte. Dabei blieb sich der Ritter Roland

treu. Bereits beim Wahlkampf 1999 hatte der starke Roland gegen die Veränderung des deutschen Staatsbürgerrechts eine Unterschriftenaktion durchführen lassen und die Angst vor Ausländern geschürt. Es ging weiter mit dem Kopftuchverbot im Lande Hessen. 2008 glaubte er noch, einen draufsetzen zu müssen und verlangte „die drastische Verschärfung des Jugendstrafrechts“. Das wurde zum Hauptthema seines Wahlkampfes. Nur diesmal fielen ihm die Chronisten seiner Regierungszeit ins Wort und bewiesen, dass er selbst die Misere verschuldet hatte. Durch Entlassungen bei der Justiz und der Polizei waren sie nicht mehr in der Lage, die bestehenden Gesetze umzusetzen. Warum also eine Verschärfung des Strafrechts? Es wird mit der Angst der Menschen gespielt und die „Ordnungskraft“ der CDU betont. Was 1999 gelang, sollte auch 2008 die Macht sichern. Wir alle kennen das Ergebnis: Mehr als zwölf Prozent der Wähler

stimmten nicht für Ritter Roland. Ist er nun zurückgetreten? Im Mittelalter waren die Ritterspiele edle regelkonforme Zweikämpfe. Die Wahlen in einer Demokratie? Sie sollen zuerst jenen die Regierungsgewalt übertragen, die die besseren Konzepte für notwendige Veränderungen in der Gesellschaft haben. Was haben die Wähler aus dem Land des Ritters Roland nun erhalten bzw. womit können sie rechnen? Ich bin kein Wahrsager, aber ich glaube, es bleibt alles beim a(A)lten. Was bleibt, ist ein bitterer Nachgeschmack. Zunehmend verlieren die Wähler die Achtung vor solchen Akteuren der Demokratie. Die Schar der Nichtwähler ist mit Sicherheit größer geworden. Vielleicht ist es das Wort Wahlkampf, das zu solchen Exzessen führt. Nennen wir das Ganze doch Wahlwettbewerb oder Wahlspiel. Vielleicht mindert das die Ungeheuerlichkeiten.

Klaus Flemming

WANNWOWASWANNWOWASWANN

03. März 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV, im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

05. März 20 Uhr
Brot, Pop & Politik - Stefan Liebich und Gäste im Blauen Salon der Brotfabrik, Caligariplatz 1, „Berlin 1988 - Luxemburg, die SED und die Freiheit der Andersdenkenden“; Zu Gast sind: Marion Seelig, 1988 Sprecherin der „Vereinigten Linke“, Thomas Klein, 1988 Sprecher der „Vereinigten Linke“, Musik: Meral5

06. März 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes DIE LINKE Pankow, in der Geschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76

08. März 10 Uhr
2. Tagung der 1. Hauptversammlung, BVV-Saal, im BVV-Saal, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetenversammlung

10. März 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV, im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

12. März 17.30 Uhr
14. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetenversammlung

18 Uhr
Katja Kipping, Parteivorstand und Judith Dellheim diskutieren zum bedingungslosen Grundeinkommen vs. sozialer Grundsicherung, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76

19. März 16 Uhr
Sprechstunde von Stefan Liebich, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Seniorenfreizeitstätte, Grellstraße 14

27. März 17 Uhr
Sprechstunde von Marion Seelig, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76

19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76

03. April 18 Uhr
18 Uhr Basistag, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76

07. April 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

16. April 18 Uhr
Sprechstunde von Stefan Liebich, Treffpunkt Links Weißensee, Pistoriusstraße 24

17. April 17 Uhr
Sprechstunde von Marion Seelig, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76

21. April 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

28. April 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

30. April 17.30 Uhr
15. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetenversammlung

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. Februar 2008
Druck: double express Auflage: 8.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 11. April 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.